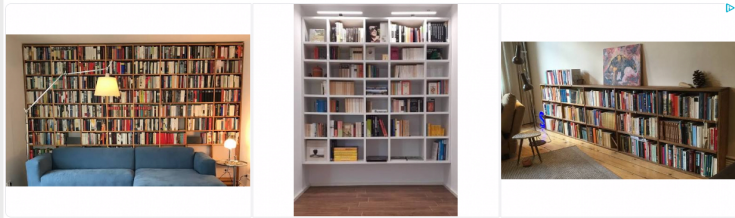
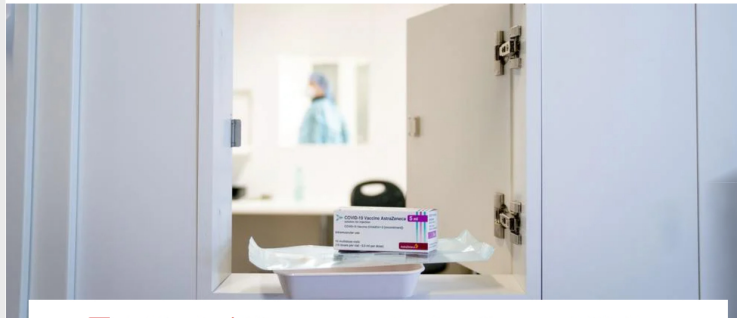


Anzeige

Planen Sie Ihr Regal nach Maß
PICKAWOOD

© S&P/isa-Pool/Max Nierfeld

T+ Exklusiv / Klage gegen die Bundesrepublik Der Anwalt, der Impfgeschädigten schnellere Hilfe verschaffen will

Eine Rechtsverordnung aus dem Beginn der Corona-Pandemie verhindert, dass Impfgeschädigte rasch Schadenersatz bekommen. Eine Wiesbadener Anwaltskanzlei geht nun dagegen an.

Von Saara von Alten
Heute, 11:20 Uhr



KOMMENTARE



Am 26. Dezember 2020 wurde in Deutschland die erste Person gegen Covid-19 geimpft. Seitdem haben 64 Millionen Menschen mindestens ein Vakzin gegen Sars-CoV-2 erhalten. Die allermeisten haben die Impfung gut vertragen.

Doch es gab auch Geimpfte, die schwere Nebenwirkungen erlitten haben, wie Herzmuskelerkrankungen, Sinusvenenthrombosen oder das Guillain-Barré-Syndrom, eine seltene Nervenerkrankung. Daten des zuständigen Paul-Ehrlich-Institutes zufolge kommt auf 10.000 Corona-Impfungen maximal ein Fall schwerer Folgeschaden.

→ **Die Tagesspiegel-App** Aktuelle Nachrichten, Hintergründe und Analysen direkt auf Ihr Smartphone. Dazu die digitale Zeitung. Hier gratis herunterladen.

Für diese Personen oder auch Menschen, die unter dem sogenannten Post-Vac-Syndrom leiden, ist es in Deutschland kaum möglich, Entschädigungen wie beispielsweise ein Schmerzensgeld zu erstreiten. Denn die Hersteller haben sich in ihren Verträgen festschreiben lassen, dass alle Haftungsansprüche von der Bundesrepublik Deutschland übernommen werden müssen. Diese hat wiederum die Hürden für Geschädigte entsprechend hoch angesetzt.

Aus einer Gefährdungshaftung wurde eine Verschuldenshaftung

Deshalb hat die Rechtsanwaltskanzlei Cäsar-Preller aus Wiesbaden nun Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland eingereicht – mit dem Ziel, eine bestimmte Rechtsverordnung im Arzneimittelgesetz zu kippen. Das Verwaltungsgericht Köln hat den Eingang der Klage bestätigt.

Die betreffende Rechtsverordnung hat aus der *Gefährdungshaftung* des Arzneimittelgesetzes im Hinblick auf die Corona-Impfstoffe eine *Verschuldenshaftung* gemacht.

Das bedeutet, dass nicht derjenige, der ein Produkt vertreibt, automatisch bei Schaden haftet, sondern nur in dem Falle, dass dem Unternehmen ein schuldhaftes Handeln nachgewiesen werden kann.

→ **Krank nach der Corona-Impfung** Wie häufig ist das Post-Vac-Syndrom?

Demnach müsse ein Anspruchsteller, wenn er Schadenersatz aufgrund eines Impfschadens gegen den Hersteller durchsetzen will, „neben allen anderen Nachweisen und Voraussetzungen auch noch das Verschulden des Herstellers darlegen und dies auch beweisen“, sagt Rechtsanwalt Joachim Cäsar-Preller.

„Dies ist ein unangemessenes weiteres Hindernis, um erfolgreich Schadenersatzansprüche geltend zu machen“, moniert der Anwalt, der unabhängig von dieser Klage etwa 360 Menschen vertritt, die Entschädigungen aufgrund angenommener Impfschäden erstreiten wollen.

„Das Gesundheitsministerium hat nicht den Bürger im Blick gehabt, sondern die Pharmakonzerne.“

Joachim Cäsar-Preller, Rechtsanwalt aus Wiesbaden

Die betreffende Rechtsverordnung aus dem Arzneimittelgesetz stammt aus dem Frühjahr 2020, als es noch keinen einsatzbereiten Impfstoff gab. Cäsar-Preller kritisiert, dass die Bundesregierung einerseits damit zeigte, dass man schon rechtzeitig von der Möglichkeit schwerer Impfschäden ausging.

„Andererseits hat das Gesundheitsministerium bei der Erstellung der Verordnung nicht an den Bürger gedacht, wie dieser leichter Schadenersatz geltend machen könnte, sondern nur im Blick gehabt, dass die Pharmakonzerne nicht mit Schadenersatzforderungen überhäuft werden könnten“, sagt Cäsar-Preller.

→ **„Appelle ersetzen seriöse Politik nicht“** Lauterbachs Aussage zu Impfschäden provoziert Kritik in der Ampel

Am Ende führt nach Auffassung des Anwalts diese Rechtsverordnung dazu, dass die Hersteller nicht haften, dass der Staat nicht haftet – und alle entstandenen Nachteile beim Impfgeschädigten verbleiben. „Obwohl dem Bürger suggeriert wurde, dass die Corona-Impfung nur ein Piki und ohne Nebenwirkung sei“, sagt Cäsar-Preller.

→ **Tägliches Entscheider-Briefing** Der Newsletter zu Gesundheit & E-Health für Experten aus Wirtschaft, Politik, Verbänden, Wissenschaft und NGOs. Hier geht es zur Anmeldung.

Mit der Klage möchte der Anwalt erreichen, dass Geschädigte über die Pharmafirmen leichter Entschädigungszahlungen erstreiten können. Diese können die Konzerne – Astrazeneca, Biontech, Moderna oder Johnson & Johnson – aber gemäß dem mit der Europäischen Union geschlossenen Vertrag von der Bundesregierung zurückfordern. Die Konzerne müssen kein Geld zahlen.

→ **Ein Minister in der Krise** Die nächsten Monate werden für Lauterbach zum politischen Entscheidungsspiel

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) hat kürzlich ein Programm angekündigt, um von Long Covid oder von Corona-Impfschäden Betroffene zu unterstützen. Er verhandele dazu mit dem Haushaltsausschuss, sagte Lauterbach. Auf Nachfrage von Tagesspiegel-Background bestätigten mehrere Ausschussmitglieder solche Verhandlungen aber nicht.

Lauterbach schlug außerdem vor, dass die Arzneimittel-Hersteller sich freiwillig an den Kosten dafür beteiligten könnten, denn deren „Gewinne sind ja exorbitant gewesen“, so der Minister. Experten gehen aber eher nicht davon aus, dass die Firmen dem folgen.

Mehr zum Thema bei Tagesspiegel Plus

→ **Nebenwirkung nach Covid-Impfung** „Lauterbach hat das Produkt Impfstoff die ganze Zeit falsch bewertet“

→ **Kaum Hilfen für Impfgeschädigte** Betroffener fordert offeneren Umgang mit schweren Nebenwirkungen

→ **Rätselhafte Befunde** Beschädigt Covid-19 die Immunabwehr?

Unabhängig davon können Opfer von Impfschäden im Rahmen des Infektionsschutzgesetzes, Schadenersatzleistungen bei den Versorgungsämtern beantragen. Bisher wurden laut Recherchen der „Süddeutschen Zeitung“ von 6682 Anträgen 285 bewilligt, 2075 wurden abgelehnt, die übrigen 4322 seien bei den Behörden der Bundesländer noch in Bearbeitung.

Rechtsanwalt Cäsar-Preller verweist darauf, dass auch hierfür die Hürden sehr hoch seien und nur sehr geringe Beträge von monatlich zwischen 154 bis maximal 814 Euro im Monat ausbezahlt würden.

Zur Startseite

Coronavirus | Karl Lauterbach

Das könnte Sie auch interessieren

utbrain



Wut auf die SPD, Zukunft mit der CDU Bei den Berliner Grünen setzt das machtpolitische Umdenken ein

Nach dem Aus von Rot-Grün-Rot sind viele Grüne frustriert – und sauer auf die SPD. Künftig will man das Heil eher in einer Koalition mit der CDU suchen.



Bankenpleite nach Zinswende „Das kann in Europa genauso passieren“

Wie stabil ist das Finanzsystem? Was droht durch die Zinswende? Wie krisensicher sind Banken in Europa? Finanzexperte Gerhard Schick im Interview.



Hugendubel.de
Und ich habe nichts geahnt

ANZEIGE



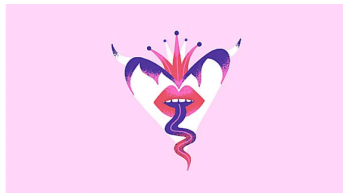
Ralf König und der Sex im Alter „Ich empfand Notgeilheit als einen wunderbaren Zustand“

Gelassen älter zu werden, sei nicht jedem gegeben, sagt Ralf König. Der Comic-Zeichner über seine Liebe...



ANZEIGE

Brigitte.de
Altes Putzmaterial richtig entsorgen: Wohin mit leeren Verpackungen, kaputten Handschuhen & Eimern?



Matthias bleibt, obwohl sie ihn klein macht Gefangen in einer toxischen Beziehung

Jahrelang waren er und Katja zusammen, weil er nicht bemerkte, wie sie ihn manipulierte – von Anfang an. Bis es ihm irgendwann doch zu viel wurde.



Fremdgehen in der Beziehung Katrin sagt nichts, wenn er sein Handydisplay vor ihr versteckt

Katrin weiß, dass Joshua sie belügt. Immer wieder tauchen Nachrichten und andere Indizien auf, die darauf hinweisen. Trotzdem heiratet sie ihn. Bis es irgendwann eskaliert.

Impressum | Kontakt | Datenschutzerklärung | Datenschutz-Einstellungen | Abo kündigen | Mediadaten

TAGESSPIEGEL